

Drastische Steuererhöhung für Bungalows sorgt für Ärger

Von Robin Peters

DABELOW/BLANKENSEE/BURG STARGARD. Klaus Schier zieht sich mit seiner Frau gerne ins idyllische Dabelow am Müritzer Nationalpark zurück, um im Rentenalter die Ruhe zu genießen. Sofort begeisterte ihn die Hilfsbereitschaft im Dorf. „Man kennt sich und wird angenommen“, sagt der 69-Jährige im Gespräch mit dem Nordkurier.

Doch nun hat Schier das Gefühl, man wolle ihn regelrecht aus dem Ort herauskicken. Denn der Neubrandenburger soll für seinen Zweitwohnsitz künftig deutlich mehr Steuern zahlen. „Ich bin enttäuscht“, sagt Schier, der nach seinem politischen Wirken im Schweriner Landtag und als ehemaliger Betriebsrat des Bierherstellers Nordbräu in Neubrandenburg kein Unbekannter in der Region ist.

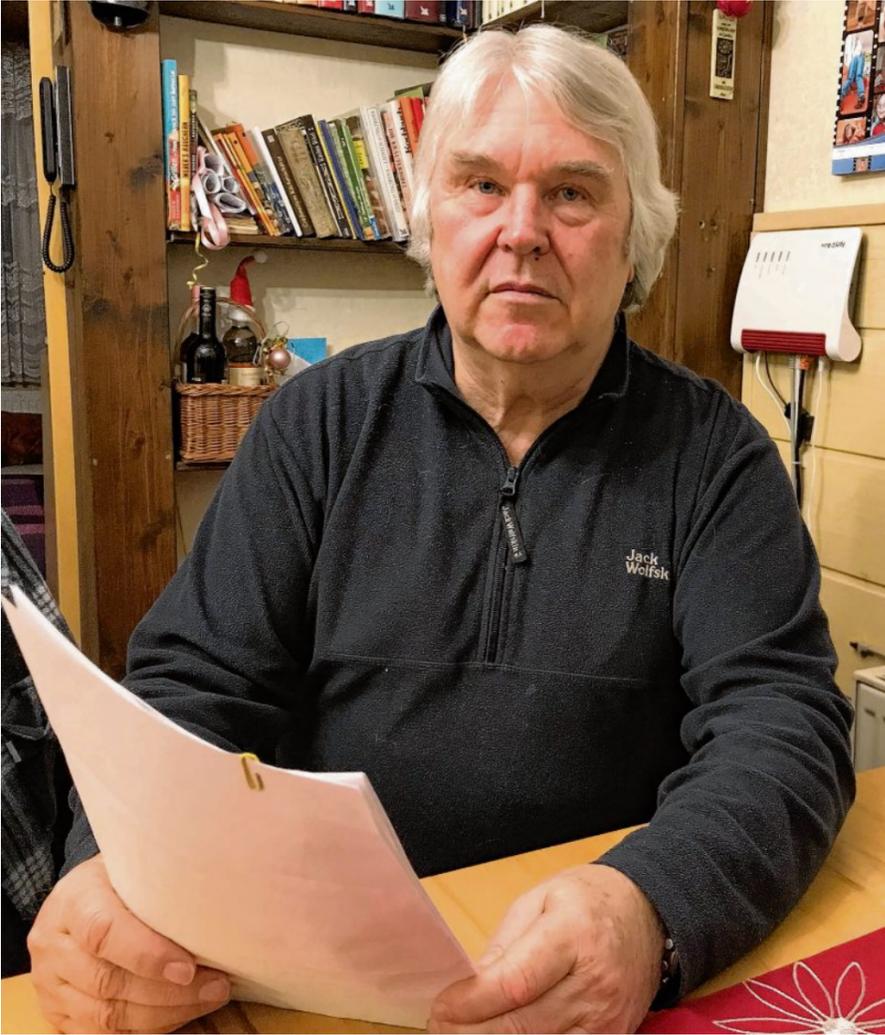
Über 500 Euro mehr pro Jahr künftig gefordert

Künftig muss er über 500 Euro mehr Zweitwohnsitzsteuer im Jahr abdrücken. Denn die Gemeindevertretung verdoppelte kürzlich den Prozentsatz von 10 auf 20 von hundert – und das bei ohnehin gestiegenem Nettomietspiegel. „Das ist schon frech“, ereifert sich Schier. Allein der gestiegene Mietpreis hätte der Gemeinde aus seiner Sicht satte Mehreinnahmen eingebracht. Dann noch den Prozentsatz zu verdoppeln, sei nach seinem Befinden nicht gerechtfertigt.

Schier stellt infrage, ob dafür im Ort überhaupt genug Leistungen erbracht werden. In der Gemeinde Wokuhl-Dabelow gebe es nach seiner Einschätzung schließlich nur die allernötigste Infrastruktur. Mit dem Handy habe kaum jemand Empfang.

Hans-Werner Eckelt unterstellt den Verantwortlichen gar, die Wirren der Coronapandemie als Deckmantel für die massive Erhöhung auszunutzen. In der Gemeinde

Nicht nur viele Berliner genießen die Ruhe in einem Bungalow auf dem Dorf. Auch zahlreiche Neubrandenburger leisten sich diese Form der Auszeit. Dass vielerorts die Zweitwohnungssteuer angezogen wurde, treibt einige nun auf die Barrikaden. Doch Bürgermeister und Verwaltung in den Dörfern halten die Anhebung für gerechtfertigt.



Klaus Schier ist entsetzt darüber, wie viel er der Gemeinde künftig zahlen soll.

FOTO: ROBIN PETERS

Blankensee, wo Eckelt ein kleines Häuschen mit seiner Familie nutzt, wurde die Zweitwohnungssteuer sogar auf 25 Prozent hochgeschraubt. Für seinen Bungalow mit 32 Quadratmeter Wohnfläche am Wanskaer See muss er deshalb künftig etwa 550 Euro Zweitwohnungssteuer im Jahr blechen – bislang waren es etwa 160 Euro. Aus Eckelts Sicht ist das in keiner Weise verhältnismäßig. Für sein Einfamilienhaus in Neubrandenburg zahle er

schließlich nur etwa 50 Euro mehr Grundsteuer.

„So hält man die Leute nicht hier, sondern vertreibt sie“, sagt Eckelt. Die Bezüge auf einen Schlag um das Zigfache zu erhöhen, sei gewisslos. Er hält den Begriff „Wucher“ für angebracht, weil es sich um mehr als das Doppelte der bisherigen Steuern handelt. Und das ausgerechnet in Zeiten, in denen explodierende Energiepreise und Auswirkungen der Pandemie die Menschen ohnehin

belasten. „Das finde ich niederträchtig. Man setzt hier in einer für alle kritischen Zeit ein völlig falsches Signal an die Bürger der Region!“

Blankensees Bürgermeister Arko Mühlenberg kann verstehen, dass der Zeitpunkt der Erhöhung unpassend erscheinen mag. Allerdings sei die Steuer lediglich aktuellen Standards angepasst worden – und das nach Jahrzehnten. Die Gemeinde habe nicht viele Einnahmen, erhebe beispielsweise keine Kurab-

wohnungssteuer war daher unumgänglich.“ Eine entsprechende Empfehlung sei an die Bürgermeister herangetragen worden – daher auch die etwa zeitgleiche Erhöhung im vergangenen Jahr. Die Einnahmen sind für die Gemeinden nicht unerheblich: In Wokuhl-Dabelow müssen immerhin 127 Zweitwohnungssteuer bezahlen, in Blankensee 94, im ganzen Amt 580.

„Auch Bungalowbesitzer nutzen die Infrastruktur“

Auch in anderen Teilen des Landkreises ist man auf diese Einnahmequelle angewiesen. In Burg Stargard wird für eine Zweitwohnung beispielsweise schon seit sechs Jahren ein Satz von 20 Prozent verlangt. Für die Stadt ergibt das Einnahmen von mehreren zehntausend Euro. Und auf die Stadt laut Bürgermeister Tilo Lorenz (CDU) nur schwer verzichten.

„Ich finde es auch gerecht“, sagt Lorenz. Schließlich nutze auch ein Bungalowbewohner den Bürgersteig oder die Straße. Nichtsdestotrotz verlangen längst nicht alle Kommunen der Region vergleichbare Prozentsätze. In Neubrandenburg werden etwa nur 12 Prozent des jährlichen Mietaufwandes fällig, in Röbel 15 Prozent und in Waren 10 Prozent.

Klaus Schier und Hans Werner Eckelt haben mittlerweile Widerspruch gegen die Erhöhungen eingelegt. Klaus Schier schließt es nicht aus, mit Leidensgenossen eine Sammelklage zu initiieren. Einfach den Hauptwohnsitz nach Dabelow zu verlegen, kommt für ihn nicht infrage. Seine Frau sei nach einem Unfall auf therapeutische Angebote angewiesen und brauche die Wohnung in Neubrandenburg nahe der Versorgungsstruktur. „Ich kann nur an die Vernunft appellieren, das wieder zurückzunehmen“, so Klaus Schier.

Kontakt zum Autor
r.peters@nordkurier.de

Engagement muss nicht am eigenen Schulzaun aufhören

Von Susanne Schulz

Mehr als 400 Vereine in MV engagieren sich für Kitas und Schulen. Jetzt soll ein Landesverband ihre Kräfte bündeln und stärken.

FELDBERG. Was Miro Welcker sich vorgenommen hat, braucht einen langen Atem und hat einen langen Namen. Nennen wir den einfach später und erzählen erst mal, wozu es geht: um die mehr als 400 (!) Vereine im Land, die sich zugunsten von Kitas und Schulen engagieren. 29 Kita- und 386 Schulfördervereine sind in Mecklenburg-Vorpommern registriert. Genau wie im deutschlandweiten Maßstab ist der Bildungsbereich das zweitgrößte Betätigungsfeld für ehrenamtliches Engagement, nach dem Sport.

Damit die für einzelne Einrichtungen gegründeten Vereine Kräfte bündeln und von den Erfahrungen anderer profitieren können, engagiert sich Miro Welcker in einer – und jetzt kommt der lange Name – Initiativgruppe zur Gründung eines Landesverbands der Kita- und Schulfördervereine in Mecklenburg-Vorpommern, der dann immerhin kurz LVFMV heißen kann. In den allermeisten Bundesländern, mit Ausnahme von Bremen, dem Saarland und eben MV, gibt es solche Verbände schon. Und das mit gutem Grund, weiß Welcker, der beruflich für eine Beratung für Sozialunternehmen tätig ist, seit dreieinhalb Jahren in der Feldberger Seenlandschaft lebt und im „Förderverein der Feldberger Schulen“ mitwirkt.

„Das bildungspolitische Interesse muss nicht am eigenen Schulzaun enden“, sagt der gebürtige Hamburger, den es nach dem Studium in Greifswald und Berufsjahren in Berlin wieder nach Mecklenburg-Vorpommern zog. Er weiß von mehreren Orten, an denen Schulen nahe beieinander liegen, die Fördervereine aber keinerlei Kontakt haben – der es ihnen ermöglichen könnte, gemeinsam Anschaffungen, Veranstaltungen oder Ideen auf den Weg zu bringen.

Lobby-Briefe an alle Landtagsabgeordneten

Austausch, Vernetzung, Weiterbildung sehen die Initiatoren als Anliegen eines künftigen Landesverbands, der das Engagement über die lokale Reichweite hinaus stärken und sich bildungspolitisch

zu Wort melden wolle – auf einer Ebene übrigens mit den Eltern- und Schülerräten vom Kreis- bis zum Landesmaßstab. „Mehr Sichtbarkeit für das, was schon gemacht wird“, nennt Welcker als wichtige Voraussetzung. Alle Landtagsabgeordneten hätten einen sogenannten Lobby-Brief erhalten mit der Forderung, Bildung und das ehrenamtliche Engagement an Schulen im Blick zu haben. Vor allem an Bildungsministerin Simone Oldenburg (Die Linke) als langjährige Schulleiterin richten sich hohe Erwartungen.

Damit der Landesverband Gestalt annimmt, geht es nun um die nötigen Strukturen für eine Vereinsgründung. Unterstützung kommt dabei von benachbarten Verbänden aus Berlin-Brandenburg und

Schleswig-Holstein, aber auch vom Bundesverband der Kita- und Schulfördervereine sowie von der Stiftung Bildung, die selbst aus dem Engagement von Vereinen im Bildungsbereich entstand. Präsenz als „stetiger Anlaufpunkt für Menschen, die sich engagieren wollen“ zeigen Welcker und seine Mitstreiter zudem mit Informationsveranstaltungen. Bei der nächsten am 22. Februar geht es (digital) um das Thema „Marketing für Fördervereine – Geschäftspapiere für meinen Verein“, am 25. Juni ist, voraussichtlich in Güstrow, ein Fachtag mit verschiedenen Seminaren rund um die Vereinsarbeit geplant. Nähere Informationen gibt es unter www.lvfmv.de

Kontakt zur Autorin
s.schulz@nordkurier.de



Miro Welcker ist Ansprechpartner für die Initiative – und in seiner Wahlheimat selbst Mitglied im „Förderverein Feldberger Schulen“.

FOTO: PRIVAT